

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Otto Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 3.

Berlin, Sonnabend, 8. Januar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber. — Zur Warnung für deutsche Arbeiter. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber.

Man möchte es als ein Zeichen der Zeit ansehen, daß die letzte Nummer des „Reichs-Arbeitsblatt“ nicht weniger als drei Aufsätze enthält, die sich mit dem Arbeitsnachweiswesen beschäftigen. Besonders aufklärend wirkt der Artikel, der die neuere Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerarbeitsnachweise behandelt. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Arbeitgeberarbeitsnachweise ebenso wie die Arbeitgeberverbände selbst erst eine neuere Erscheinung sind. Ihr Geburtsjahr ist das Jahr 1889. Damals gründete der Verband der Eisenindustrie in Hamburg den ersten Arbeitgeberarbeitsnachweis. Er war das Vorbild für zahlreiche ähnliche Einrichtungen, die besonders lebhaft Förderer im Verein und in der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände fanden. Diese beiden Zentralen haben sich in ihren Satzungen das Ziel gesetzt, die Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitsnachweisen der Unternehmer anzuregen und zu fördern, sowie die bestehenden Arbeitsnachweise in Verbindung zu bringen. Diesem Zwecke dienten mehrere Konferenzen, deren letzte die im Jahre 1909 abgehaltene gemeinsame Arbeitsnachweiskonferenz beider Zentralen in Hamburg war.

Das Ziel dieser Bestrebungen ist die Beherrschung des Arbeitsmarktes. Als notwendiges Mittel zu seiner Erreichung wird die Einführung des Benutzungszwanges für die Verbandsmitglieder, mittelbar also auch für die von diesen einzustellenden Arbeiter hingestellt. Als Aufgabe der Arbeitsnachweise wird denn auch nicht nur die reine Arbeitsvermittlung, bei der in erster Linie die Tüchtigkeit der Arbeiter maßgebend sein soll, sondern darüber hinaus die Bekämpfung des Vertragsbruchs durch längere oder längere Nichtberücksichtigung von Vertragsbrüchigen, die Beschaffung von Arbeitskräften bei Arbeitermangel, endlich die Beschaffung von Arbeitswilligen in Streikfällen angesehen.

Die Bewegung für die Errichtung von Arbeitgeberarbeitsnachweisen ging in der Hauptsache aus der Metallindustrie hervor und hat sich auch dort am meisten eingebürgert. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller konnte allein im Oktober 1909 24 Nachweise aufzählen, wozu noch einige Nachweise außerhalb des Gesamtverbandes kommen. Nächste der Metallindustrie kommen das Verkehrsgewerbe, die Textilindustrie und das Baugewerbe mit Arbeitgeberarbeitsnachweisen in Betracht. Im Baugewerbe bildet die Frage des Arbeitsnachweises einen Hauptstreitpunkt zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei den zurzeit in der Schweiz befindlichen Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag. In dem Vertragsmuster des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist nämlich eine Bestimmung enthalten, daß die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise anzuerkennen und ausschließlich seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu benutzen sind. Die Handhabung der Arbeitsnachweise soll auf Grund der von den Arbeitgeberverbänden hierfür festgelegten Geschäftsordnungen erfolgen. Die Kosten der Arbeitsnachweise tragen die Arbeitgeber. Selbstverständlich lehnen sich die Arbeiter gegen eine solche Bestimmung entschieden auf; die endgültige Entscheidung über den Ausgang wird erst der Abschluß der Tarifverhandlungen bringen.

Daß auch im Vergleiche der Gedanke der Arbeitgeberarbeitsnachweise neuerdings Eingang gefunden

hat, zeigen die Vorkommnisse im Ruhrrevier. Auch für das südwestliche Bergbauggebiet an der Saar und in Lothringen wird Zeitungsnachrichten zufolge die Errichtung eines Unternehmerarbeitsnachweises geplant.

Noch jung, aber immerhin erwähnenswert ist auch die Bewegung für die Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die gemischten Verbände. Es sind deren bisher 28 bekannt. In einigen dieser gemischten Verbände tritt allerdings ein bestimmtes Gewerbe derart hervor, daß sie im Grunde eher Fachverbände zu nennen wären.

Für das Jahr 1908 sind dem Kaiserlichen Statistischen Amte die Ziffern von 44 Arbeitgeberarbeitsnachweisen mitgeteilt worden. Dieselben geben 426 693 Vermittlungen an. Die Gesamtzahl der Arbeitgeberarbeitsnachweise ist jedoch sehr viel größer. Die meisten gehören den Kreisen des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände an, dessen Mitgliederverzeichnis von 1909 allein 145 reine Arbeitgeberarbeitsnachweise enthält. Die der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angehörenden Organisationen besitzen erst wenige Nachweise; im Oktober 1909 waren es deren 9. Beide Zentralen zusammen hätten demnach 154 eigentliche Arbeitsnachweise. Wenn schon 44 Nachweise 426 693 Vermittlungen hatten, kann man sich eine Vorstellung machen, wie groß die Zahl bei den 154 Arbeitgeberarbeitsnachweisen war. Man berücksichtige ferner, daß der Gesamtverband der Arbeitgeberarbeitsnachweise etwa 300 000 Arbeiter umfassen wird, und man kann sich dann erst einen Begriff machen von der ungeheuren Macht, die diesen Unternehmerarbeitsnachweisen innewohnt.

Was die Organisation dieser Nachweise anbetrifft, so ist ihnen, wie bereits angedeutet, das Bestreben gemeinsam, für die Mitglieder den Benutzungszwang einzuführen. Dabei lassen sich zwei Systeme unterscheiden, das Hamburger, das man als das vollkommene und verbreitetere bezeichnen kann, und das Berliner. Bei dem Berliner System ist der Nachweis in der Hauptsache nur eine Kontrollstelle, die von den Arbeitern passiert werden muß. Der Arbeiter, der bei einem Verbandsmitglied Besichtigung suchen will, soll am Arbeitsnachweis einen Nachweischein erhalten. Die Verbandsmitglieder sind zwar grundsätzlich zur Benutzung des Arbeitsnachweises verpflichtet, können aber auch ausnahmsweise Arbeiter vorläufig annehmen, die sie dann zunächst mit dem Handzettel zum Arbeitsnachweis schicken müssen, um nach dessen Befinden die endgültige Einstellung vorzunehmen oder auch zu verweigern. Betriebe in den Vororten dürfen Arbeiter selbständig einstellen, müssen aber deren Personalien nachträglich anmelden und sind verpflichtet, auf Verlangen des Arbeitsnachweises diese Arbeiter wieder zu entlassen. Die große Mehrheit der Arbeitgeberarbeitsnachweise mit Benutzungszwang ist jedoch nach dem Hamburger System eingerichtet, das die Aussicht gänzlich ausschaltet. Wird hier der Arbeitssuchende durch den Nachweis zu einem Betriebe geschickt, so ist er bereits so gut wie eingestellt.

Die Arbeitgeberarbeitsnachweise haben sich, wie gesagt, die Beeinflussung des Arbeitsmarktes und die Beschaffung von Arbeitswilligen in Streikfällen zur Aufgabe gestellt. Dabei spielt der auswärtige Verkehr bei ihnen vielfach eine große Rolle. Um ihn zu erleichtern, war von vornherein eine Verbindung der Arbeitgeberarbeitsnachweise in Aussicht genommen. Diese ist bisher hauptsächlich in Form der gemeinsamen Konferenzen zustande gekommen. Es ist dabei auch über gegenseitige Hilfestellung bei Beschaffung von Arbeitskräften berichtet worden. Auf der gemeinsamen Konferenz der Arbeitgeberarbeitsnachweise des Vereins und der Hauptstelle, die Ende Oktober vergangenen Jahres in Hamburg stattfand, wurde befaßt einer engeren Verbindung die Bildung einer Ausgleichsstelle empfohlen, mit der Aufgabe, eine ständige Ueberficht über die Lage

auf dem Arbeitsmarkte und über die Verhältnisse bei den einzelnen Arbeitsnachweissen zu führen, um so in der Lage zu sein, sofort die in den einzelnen Bezirken vakanten Stellen mit geeigneten Arbeitern zu besetzen.

Auch die Innungsarbeitsnachweise darf man im großen und ganzen als Arbeitgeberarbeitsnachweise betrachten, da die durch die Gewerbeordnung vorgeordnete Mitwirkung der Gehilfen doch nur eine beschränkte ist. Hat doch die Erhebung über die Wirkungen des Handwerkergesetzes ergeben, daß unter den vorhandenen 2410 Innungsarbeitsnachweisen nur 305 sind, bei denen die Gesellen an der Verwaltung teilnehmen. Im ganzen haben die Innungsarbeitsnachweise 204 509 Stellen besetzt. Diese Innungsarbeitsnachweise haben in neuerer Zeit wohl durch eine doppelte Entwicklung Abänderungen erfahren. Einmal sind Innungsarbeitsnachweise in reine Arbeitgeberarbeitsnachweise umgewandelt worden, oder zugunsten solcher eingegangen. Namentlich im Baugewerbe macht sich deutlich eine Entwicklung zu reinen Arbeitgeberarbeitsnachweisen bemerkbar. Doch auch nach der entgegengekehrten Richtung läßt sich eine Strömung beobachten, indem Innungsarbeitsnachweise auf Grund von Tarifverträgen in paritätische Facharbeitsnachweise umgewandelt worden sind.

Zum Schluß dieser Betrachtung möchten wir noch einmal darauf hinweisen, daß der Zweck der Arbeitgeberarbeitsnachweise zugebenemäher darin besteht, die Herrschaft über den Arbeitsmarkt zu erlangen. Obige Ausführungen zeigen, in wie hohem Maße dieses Ziel bereits von den Arbeitgebern erreicht ist. Hoffentlich hat auch der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück diese Aufsätze im „Reichs-Arbeitsblatt“ gelesen. Er wird dann erkennen, wie wenig Ursache er zu seiner einseitigen Stellungnahme zugunsten der Unternehmer hatte. Vielleicht auch erkennt er es nicht.

Zur Warnung für deutsche Arbeiter.

In weiten Kreisen ist der Glaube verbreitet, als wenn Amerika das Land wäre, in dem man es spielend zum Millionär bringen kann. Zahlreiche unternehmungslustige junge Leute riskieren denn auch die Fahrt über das große Wasser, in der Hoffnung, jenseits des Ozeans das Glück zu finden, das sie im Vaterlande vergeblich gesucht haben. Zur Zeit ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse nimmt die Auswanderungslust naturgemäß zu. Schon das Angebot eines scheinbar hohen Lohnes veranlaßt zahlreiche Arbeiter, den heimatischen Staub von den Füßen zu schütteln, um sich eine bessere Existenz im Auslande zu suchen.

Im Sommer des vergangenen Jahres trieben namentlich in den deutschen Seestädten zahlreiche Agenten ihr Unwesen, die deutsche Arbeiter für einen Eisenbahnbau in Brasilien suchten. Die Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer warnte damals eindringlich vor diesen Leuten und wies auf die großen Gefahren hin, denen die Auswanderer sich aussetzten. Bedauerlicherweise haben diese Warnungen nicht die genügende Beachtung gefunden. Es sind mehrere hundert deutsche Arbeiter in das Garn gegangen und haben sich für den Bau der Mamore-Eisenbahn in Zentral-Brasilien anwerben lassen. Ein großer Teil dieser bedauernswerten Arbeiter ist nun der Malaria zum Opfer gefallen, von den übrigen gebliebenen haben sich viele ein dauerndes Siedtum zugezogen. Eine geradezu furchterliche Schilderung von den Vorgängen lesen wir im „Vorwärts“ und in anderen Blättern:

Als die Leute in Hamburg angeworben wurden, versprach ihnen der Eisenbahningenieur Jürgens den „hohen“ Tagelohn von 15 Mark; in Brasilien angelangt, erklärte der Direktor diesen Betrag für ungenügend, weil Jürgens seinerseits den Kontrakt mit der Firma gelöst habe, und bot den Arbeitern einen Tagelohn von 10 Mark. Zieht man hiervon die

mindestens 5 Mark betragenden Verpflegungskosten ab, so ist der Lohn in Anbetracht des überdiesigen Klimas äußerst bescheiden. In Brasilien müßten die Angeworbenen noch eine Brodttagereise auf dem Radeirafluß zurücklegen, und zwar der eine Teil auf einem kleinen Dampfer, der kaum 100 Personen Platz bot. Auf Besuche meinte der deutsche Konsul in Manaus, auf dem Dampfer seien schon 250 Personen zu ihrer Zufriedenheit befördert worden. Auf die Frage seiner deutschen Landsleute, ob ein Arzt auf den Flußdampfern sei, antwortete der Konsul: „Nein, aber die Kapitäne dieser Gesellschaft haben ein medizinisches Examen abgelegt, auch ist Medizin in ausreichendem Maße vorhanden.“ Aber auf dieser Reise schien man die Medizinkisten vergessen zu haben. Denn als kurz danach Leute erkrankten, war keine Medizin vorhanden. Die „ärztliche Untersuchung“ der 300 Mann währte kaum eine halbe Stunde.

Am Zielpunkt angelangt, bot sich den Leuten ein erschütternder Anblick: im Hospital lagen etwa 50 zum Tode abgemagerte Deutsche. Sie waren zum Teil nicht mehr der Sprache mächtig, so hatte die Malaria ihnen mitgespielt. In vier Wochen waren, so erzählten die Kranken, mindestens 100 Deutsche gestorben. Durch Versprechungen aller Art ließen sich von den 300 Arbeitern etwa 50-60 bewegen, auf den einzelnen „Kamps“ in Arbeit zu treten. Die übrigen verlangten zurückbefördert zu werden. Die Leiden der in Arbeit getretenen Leute waren furchtbarer Art; ein Teil starb, viele kamen ins Hospital. Da man die Opponenten nicht so leichten Kaufes ziehen lassen wollte, erliefen plötzlich der famose Ingenieur Jürgens, der inzwischen einen neuen Kontakt mit der Firma eingegangen zu sein schien, mit einer großen Anzahl Polizeisoldaten im Lager der Deutschen und ließ diese, als der größte Teil schlief, entwaffnen. Der Direktor machte nun Versprechungen, er wolle einen höheren Lohn zahlen, sie ergeigte sich aber, etwas Schriftliches zu geben. Als die Verhandlungen scheiterten, erklärte der Direktor während, er wolle sie am anderen Morgen in den Urwald jagen, sie also dem Hungertode preisgeben. Der Direktor gab über 60 Gewehre, während die Deutschen fast sämtliche Waffen heraus waren. Der Kopf gehorchend, gingen am anderen Tage 150 Mann an zu arbeiten, der Rest von etwa 70 Mann wurde in den sumpfigen Urwald getrieben. Diese Leute bauten sich Hütten und fuhren damit den Strom hinunter. Einige Hütten barsten, und die darauf Befindlichen ertranken. Ein Floß mit sieben Mann landete im Indianergebiet, alle sieben wurden von den noch in völliger Wildheit lebenden Indianern ermordet. Die übrigen „Hütten“ wurden von menschenfreundlichen Farmern bewirtet und beschenkt und gelangten unter großen Anstrengungen nach Manaus, wo dem Vertreter deutscher Interessen wohl nun aufgedämmert sein mag, daß eine vorherige Warnung am Platze gewesen wäre.

Alle diese Vorgänge sind in einem eingehenden Bericht dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Kenntnis gegeben worden.

Die in Arbeit getretenen Leute erkrankten zum größten Teile bald, und die übrigen verlangten nach 14 Tagen zurückbefördert zu werden. Geld erhielten sie nicht für ihre Arbeit; das ging drauf für die „Ausrüstung“. Auf dem Rückweg nach Manaus starben vier und erkrankten 25 Mann schwer. In Manaus starben noch neun Mann. Nach vielen Widerwärtigkeiten wurden schließlich durch Vermittlung des Konsulatsverweisers in Rio de Janeiro, Herrn v. Witom, 44 Mann am Bord der „Rio Negro“ eingeschifft, die am 18. November 1909 den Hafen von Manaus verließ. Von diesen Leuten erkrankten noch einige auf dem Amazonenstrom, und auf der Reise starben noch drei Mann. Von den 38 Mann, die im Dezember in Hamburg eintrafen, wurden 15 dem Tropenkrankenhause zugeführt. Die uns unser Gewährsmann mitteilt, sind von den etwa 600 in Brasilien angeworbenen Deutschen über 300 verstorben und etwa 70 befinden sich im Hospital von Manaus.

Inzwischen ist auch der Dampfer „Aethia“ mit 61 Personen, darunter 44 Schwerkranken, von Brasilien eingetroffen. Die Kranken wurden ins Krankenhaus gebracht, wo vier der tüdlichen Tropenkrankheit erlegen sind, weitere befinden sich in Lebensgefahr; 22 Personen sind auf der Reise verstorben.

Selbst wenn diese Schilderung arg übertrieben und auch nur ein kleiner Teil der Angaben wahr wäre, müßte das auswärtige Amt energische Schritte tun, um eine Wiederholung solcher Greuel zu verhüten. Die Hamburger Polizeibehörde hat unter Hinweis auf das Gericht, daß in letzter Zeit wieder an 5000 deutsche Arbeiter zur Weiterführung des Baues der genannten Eisenbahn angeworben werden sollen, von neuem eine eindringliche Mahnung erlassen und nochmals auf die schweren Gefahren, die mit der Arbeit verbunden sind, hingewiesen. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß diese neuerlichen Warnungen mehr Gehör finden als die ersten. Außerdem muß natürlich die Angelegenheit bei der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes im deutschen Reichstage zur Sprache gebracht werden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. Januar 1910.

Heber den Arbeitsplan des Reichstages in der nächsten Zeit macht eine halbamtliche Berliner Korrespondenz folgende Mitteilungen: Nach Beendigung der ersten Lesungen der Strafprozessord-

nung, der Novelle zum Strafgesetzbuch und dem Reichsbeamtenhaftpflichtgesetz und nach den Versprechungen der vorliegenden noch unerledigten Interpellationen wird beabsichtigt, um die Mitte des Monats in die zweite Etatslesung einzutreten. Der Budgetkommission sind bekanntlich nur die wichtigen Teile des Etats, und zwar in geringerem Umfang als früher, überwiesen worden, so daß das Plenum unabhängig von dem Fortschreiten der Kommissionsberatungen an die zweite Etatslesung herantreten kann. Es ist die feste Absicht der Parteien, trotz des frühen Osterfestes die Etatsberatungen bis Mitte März zu beenden. Im Januar sollen ferner noch nach Erledigung der Kommissionsvorbereitung der deutsch-portugiesische Handelsvertrag und der Kolonialnachtragsetat mit den Forderungen für den Ausbau des Nationalbahnenetzes im Plenum zur Verabschiedung gelangen. Als wünschenswert betrachtet man außerdem die Einschaltung eines Schmerztages, um sich über die Frage der Veteranenbeiträge, die bekanntlich wegen des Fehlens von Deckungsmitteln noch immer nicht gelöst ist, schlüssig zu machen.

Uns scheint das Tempo etwas schnell gewählt zu sein. Wenn nur — immer vorausgesetzt, daß obige Mitteilungen zutreffen — die Rechnung nicht ohne die Parteien gemacht worden ist. Und dann noch eine bescheidene Frage: Wo bleibt die Sozialpolitik? U. A. u. g.

Die Diskussion über die preussische Wahlrechtsreform will nicht mehr verstummen. Und das ist gut so! Die preussische Regierung wird nicht umhin können, endlich das in der letzten Thronrede gegebene Versprechen einer Wahlrechtsreform einzulösen. Uebrigens darf man auch gespannt sein, was die nächste Thronrede, mit der doch jedenfalls der preussische Landtag am 11. Januar eröffnet wird, in dieser Beziehung bringt. Zurzeit liegen wieder zwei bemerkenswerte Presseäußerungen vor. Die „Pölnische Zeitung“, ein führendes Organ der Nationalliberalen, bezieht in einer ihrer letzten Nummern die geheime Stimmenabgabe und die direkte Wahl als das Mindeste, was eine Wahlrechtsreform bringen muß. Von der Beseitigung der Dreifasswahl scheint also auch dieses Blatt nichts wissen zu wollen. Das ist auch nicht wunderbar, denn anderen nationalliberalen Vätern ist ja schon die geheime Wahl ein Greuel. Dann hat auch die freikonservative „Post“ noch einmal das Wort zur Wahlreform genommen und erklärt, daß nach ihren Informationen die Beibehaltung der öffentlichen Stimmentabgabe vom preussischen Staatsministerium beschlossen worden sei. Das Blatt meint, daß für diesen Entschluß die Ergebnisse der Wahlstatistik wesentlich mitbestimmend gewesen seien, nach welchen die geheime Wahl die Sozialdemokraten begünstigt. Das Blatt weiß offenbar von den Vorgängen nichts, die sich a. V. in Berlin bei den letzten Landtagswahlen zugetragen haben und wo gerade durch die öffentliche Stimmentabgabe der argste Terrorismus geübt worden ist. Nebenbei gesagt, ist dies eine bekannte Tatsache. Auch auf dem Lande wird die öffentliche Wahl von den Gutsbesitzern mißbraucht, um ihre Arbeiter und die abhängigen Handwerker zur Abgabe eines den „Herren“ genehmen Stimmzettels zu veranlassen.

Es ist müßig, sich in Betrachtungen zu ergehen, über das, was kommen wird, so lange man nicht weiß, wie es aussieht. Wir vermissen aber in allen diesen Auseinandersetzungen Betrachtungen über die Neuenteilung der Wahlkreise. Ohne eine solche würde auch die beste Wahlrechtsreform nur halbe Arbeit bedeuten.

Der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen (Voritzende Fräulein Margarete Friedenthal) veranstaltet in periodischen Abständen öffentliche Konferenzen und Versammlungen, um zu aktuellen Problemen aus dem Gebiete der Arbeiterinnenfrage Stellung zu nehmen. Die erste Konferenz, die im März 1907 stattfand, beschäftigte sich mit der Lohnfrage und fachgewerblichen Ausbildung, mit der Beteiligung der Frau an ihrer Interessenvertretung in den Krankenkassen, den Gewerbevereinen und Arbeitskammern und mit der Mutterchaftversicherung. Im vergangenen Jahre berief der Ständige Ausschuss eine öffentliche Versammlung nach dem Bürgerlaale des Berliner Rathauses ein, um den gesetzgebenden Körperschaften seine Wünsche zur Novelle zur Reichsgewerbeordnung, insbesondere bezüglich der Regelung der Heimarbeit, zum Ausdruck zu bringen. Anfang März d. J. wird wiederum eine zweitägige Konferenz stattfinden, die, fuhend auf den Ergebnissen der neuesten Berufszählung, sich mit der Lage der arbeitenden Frau und mit dem Einfluß ihrer Arbeit auf Gesundheit und Familienleben beschäftigen wird. Da der Ständige Ausschuss sich aus folgenden Organisationen zusammensetzt: Zentralverein für Arbeiterinnen-

Interessen, Arbeiterinnenschutzkommission, Bureau für Sozialpolitik, Gesellschaft für Soziale Reform, Verband der Deutschen Gewerbevereine (S. D.), Verband erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen, Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen, Deutsch-Evangelischer Frauenbund, so wird die Veranstaltung sicherlich wieder dem größten Interesse nicht nur im Publikum, sondern auch bei Parlamentariern und Fachleuten begegnen.

Arbeiterbewegung. Auf Antrag des Arbeitergeschichtsverbandes für das deutsche Holzgewerbe fand am vergangenen Montag in Berlin nochmals eine Sitzung der Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen statt, die aber positive Resultate nicht erzielte. Gewünscht wurde von Arbeitgeberseite, daß die Leitungen der Arbeiterorganisationen auf eine Beschleunigung der örtlichen Verhandlungen dringen. — Die zentralen Verhandlungen im Magdeburger haben am 4. Januar ihren Fortgang genommen, sind aber zurzeit noch nicht zum Abschluß gelangt. Auch hier haben sich dem Abschluß der Verhandlungen mancherlei Schwierigkeiten entgegengestellt, die aber hoffentlich noch überwunden werden können. — Der Kampf in der Stettiner Herrenkonfektion weist keinerlei Veränderungen auf. — In Hirschberg i. Schl. sind die Töpfergehilfen in den Streik getreten, um einen verbesserten Tarif durchzusetzen. — Bei der Firma Bärentuber u. Co. in Pösi. B. sind infolge eines Streiks der Druckerinnen etwa 60 Arbeiter ausgesperrt worden. — Die Elektromonteur in Magdeburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Streik der Sticker in Plaun und Umgegend dauert fort. Der „Vorwärts“ bringt darüber eine gegen den Gewerbeverein der Textilarbeiter gerichtete Notiz, der man auf den ersten Blick die Unwahrheit ansieht. Wir werden die nötigen Erkundigungen einziehen und in der nächsten Nummer weitere Auskunft erteilen.

In der Pariser Nationaldruckerei sind die Setzer und Drucker in den Ausstand getreten, weil sie sich wegen ungedeuter Beförderungen beschwert fühlen. — Der Streik der Bergarbeiter in Northumberland und Durham hat eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Von der Gesamtbelegschaft von rund 100 000 sollen bereits 60 000 von der Bewegung ergriffen sein.

Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin. Der Berliner Magistrat hat vor kurzem beschlossen, den Vorstand des deutschen Städtetages zu eruchen, die Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung in einer Versammlung des deutschen Städtetages zu erörtern. Unabhängig davon sollte eine Aussprache unter den Gemeinden Groß-Berlins über diesen Punkt herbeigeführt werden. Diese Konferenz fand am Donnerstag im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner statt. Außer mehreren Mitgliedern des Berliner Magistrats nahmen an der Besprechung die Vertreter der Magistrate von Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Kitzdorf und Wilmersdorf, die Vertreter der Kreise Keltow und Niederbarnim und der Gemeindevorstand von Porphagen-Kummelsburg teil. Beschlüsse wurden gemäß dem Zweck der Zusammenkunft, die nur einen unterrichtenden Charakter hatte, noch nicht gefaßt. Man war darüber einig, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin am zweckmäßigsten einheitlich geregelt werden sollte. Ueber die Form einer solchen Regelung aber gingen die Meinungen weit auseinander. Daß in Berlin und den östlichen Vororten erheblich schwierigere Verhältnisse der Regelung entgegenständen als in Charlottenburg und Schöneberg, wurde gleichfalls anerkannt. Es soll zunächst unter den an der Besprechung beteiligten Verwaltungen in Zukunft ein Austausch der Schriften über den Gegenstand erfolgen und eine nähere Verbindung der in ihren Gebieten tätigen Arbeitsnachweise anstrebt werden.

Hoffentlich dauert der Austausch und das Lesen der Schriften nicht allzu lange!

Die Ruhrbergleute rüsten sich. Mit dem 1. Januar haben die Arbeitsnachweisstellen des Zechenverbandes ihre Tätigkeit aufgenommen. Wenn die aus dem Ruhrrevier kommenden Nachrichten zutreffen, ist der Verkehr gleich am ersten Tage ein recht lebhafter gewesen. Die Bergarbeiter haben sich zunächst mit der Tatsache abfinden müssen, treffen aber Vorbereitungen zu dem ihnen ausgebrängten Kampfe. Am Sonntag hat der alte Bergarbeiterverband eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten, in welcher der Verbandsvorsitzende Schale die Lage eingehend schilderte und zur Erhebung eines Ertrahbeitrages aufforderte. Nach langer und lebhafter Debatte wurde denn auch dem Vorstande des Bergarbeiterverbandes die Ermächtigung erteilt, einen Ertrahbeitrag von monat-

lich 50 Pfg. auszuschreiben. Auch sonst wurden Maßnahmen ins Auge gefaßt, um die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes noch zu verstärken. Von besonderer Bedeutung ist aber auch die Annahme einer Resolution, in der die Verarbeiter des Ruhrbeckens aufgefordert werden, die Ueberstände zu meiden, weil dadurch nur die Kohlenlager gefüllt und andererseits der normale und wünschenswerte Aufstieg der Verarbeiterlöhne in der kommenden besseren Wirtschaftskonjunktur verhindert würde.

Alle diese Vorgänge zeigen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich den Herrschergelüsten der Zedenbarone willenlos zu unterwerfen. Hauptsächlich öffnen die getroffenen Maßnahmen aber auch den indifferenten Arbeitern endlich die Augen und veranlassen sie, sich einer Organisation anzuschließen. Tun sie das nicht, so laufen sie Gefahr, in den kommenden Kämpfen, die kaum noch vermieden werden können, ohne jeden Rückhalt zu sein.

Ueber die Schulden der Städte und größeren Landgemeinden Preußens bringt die „Statist. Korresp.“ eine interessante Zusammenstellung, die auch dadurch kaum an Wert verliert, daß die angegebenen Zahlen sich auf den 31. März 1906 beziehen. Danach waren von den sämtlichen 1279 preußischen Städten und den 89 Landgemeinden, die mehr als 10 000 Einwohner hatten, 50 Kleinstädte und 3 Landgemeinden gänzlich schuldenfrei; die übrigen 1315 Gemeinden besaßen zusammen eine Schuldenlast von 3015,8 Millionen Mark. Davon entfallen 390,4 Millionen Mark auf Berlin, 772,1 Millionen Mark auf die übrigen 10 Städte mit mehr als 200 000 Einwohner, 587,9 Millionen auf die Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohner, 261,8 Millionen auf die mit 50 000 bis 100 000 Einwohner, 272,8 Mill. auf die mit 25 000 bis 50 000, 346,0 auf die mit 10 000 bis 25 000, 132,5 50 000, 346,0 auf die mit 10 000 bis 25 000, 132,5 auf die mit 5000 bis 10 000, 99,1 auf die mit 2000 bis 5000, 15,2 auf die mit nicht mehr als 2000 Einwohner und 138,0 auf die Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohner. Hiernach entfiel mehr als die Hälfte sämtlicher Schulden auf die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Mit Ausnahme von Gelsenkirchen (89,5 Mf.) betrug die Schuldenlast bei sämtlichen Großstädten mehr als 100 Mark auf den Kopf der Bevölkerung; sie ging dabei bis zu 360,4 Mark in Charlottenburg, 370,0 Mf. in Wiesbaden und 531,4 Mf. in Frankfurt a. M. In Berlin betrug sie nur 191,4 Mf. Von den Städten mit weniger als 100 000 Einwohner hatten 18 eine Schuldenlast von mehr als 300 Mf. auf den Kopf der Bevölkerung. Auch in 2 Landgemeinden betrug die Schuldenlast mehr als 300 Mark auf den Kopf, nämlich in Deutlich-Wilmersdorf 328,3 und in Godesberg bei Bonn 372,4 Mf. 33 Gemeinden hatten über 250 bis 300 Mf. Schulden auf den Kopf, 48 über 200 bis 250 Mf., 86 150 bis 200 Mf., 184 100 bis 150 Mf., 369 50 bis 100 Mf., 483 25 bis 50 Mf., 182 10 bis 25 Mf., 65 5 bis 10 Mf., 26 3 bis 5 Mf. und 37 nicht mehr als 3 Mf.

Von den gesamten Schulden entfielen 2842,0 Millionen Mark oder 94,24 Prozent auf langfristige Anleihen; von ihnen waren nicht weniger als 1851 Millionen Mark oder 65 Prozent in den Jahren 1897 bis 1906 aufgenommen. Den Schulden sämtlicher preußischen Städte stand am 31. März 1906 ein Kapitalvermögen von 529,3 Millionen Mark gegenüber, wovon mehr als die Hälfte auf die Großstädte entfielen. Durch das Kapitalvermögen fanden 18,5 Prozent der gesamten Schulden der Städte und größeren Landgemeinden ihre Deckung.

Das englische Kinderschutzgesetz, das im vorigen Jahre zur Annahme gelangte und sehr verständliche Bestimmungen für die Einschränkung der Kinderarbeit enthält, gestattet es, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, Nebenbestimmungen zu treffen. Auf Grund dieser Befugnis hat der Grafenschaftsrat für die Hauptstadt London eine Reihe von Vorschriften festgelegt, deren wohlthätige Wirkungen sich erst jetzt ganz übersehen lassen und zu neuen Vorschlägen angeregt haben. In erster Linie wird der vernünftige Gedanke angeregt, die Altersgrenze bei Knaben auf 14 Jahre und bei Mädchen auf 16 Jahre hinaufzusetzen, d. h. Kinder unter diesem Alter sollten künftighin nur in Ausnahmefällen und bei besonderer behördlicher Erlaubnis in irgend welchen Gewerben beschäftigt werden dürfen. Ganz besonders bezieht sich dies auf die Beschäftigung von Kindern unter den angeführten Altersgrenzen in den Straßen, wo die Gefahren ganz besonders groß sind. Eine im vorigen Sommer angestellte Fählung ergab, daß am 31. Juli in den Londoner Straßen 14 795 Kinder beschäftigt waren, und zwar 3394 Knaben von 14 und 15 Jahren, 10 479 Knaben unter 14 Jahren und 922 Mädchen. Mit Bezug auf die Mädchen bestimmt das Gesetz, daß die Lokalbehörden, wenn irgend möglich, die Beschäftigung von jungen Mädchen

unter 16 Jahren in den Straßen ganz verbieten sollen, und das Komitee des Londoner Grafenschaftsrates hat nunmehr auch beschlossen, diesen Wunsch des Gesetzgebers voll und ganz zur Ausführung zu bringen. Dann soll, wie gesagt, die Beschäftigung von Knaben unter 14 Jahren in den Straßen ebenfalls unterlagert werden.

Eine andere interessante Statistik, die in dem Bericht über das Wirken des Gesetzes während des ersten Jahres enthalten ist, mag noch erwähnt werden. Danach wurden im Laufe der ersten zwölf Monate nicht weniger als 14 440 Verträge gegen das Gesetz angezeigt. Davon bezogen sich 9263 Fälle auf Beschäftigung in den Straßen und 5177 auf andere Gewerbe. Nahezu 20 000 Warnungen wurden an Eltern und Arbeitgeber ausgesandt, aber nur in den wenigsten Fällen war ein weiteres Vorgehen notwendig, nach der zweiten Warnung wurden gewöhnlich die Uebeltäter abgestellt. In 285 Fällen wurden Klagen erhoben, und in 234 die Angeklagten bestraft.

Die 4. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Fidelio“ von L. von Beethoven. — Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß außer in den von uns bekannt gegebenen Verkaufsstellen Eintrittskarten für die Veranstaltungen des Vereins für Volksunterhaltungen im Bureau des Vereins der Deutschen Kaufleute, Vereinigung Groß-Berlin, Dresdenerstr. 80, zu haben sind.

Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Aachen.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 7 Ausfüh- und 5 Vertreterversammlungen, sowie 2 öffentlichen Versammlungen. Neugegründet wurde ein Ortsverein der Textilarbeiter in Saaren. Auch betreffs der Jugendorganisation wurde in Saaren der erste Stein gelegt. Ueberhaupt herrscht an diesem Orte ein reges Gewerbetreiben, so daß wir mit Recht auf die Saarener Kollegen stolz sein dürfen.

Im Ortsverein Prand wurden 2 Kollegen in den Gemeinderat gewählt. Unsere Eingabe betreffs Schöffen und Geschworenen hatte den Erfolg, daß zwei Kollegen als solche ausgelost wurden.

Bekanntlich waren 1908 Rechtsauskunftstellen in Aachen I, Aachen II, Stolberg, Kölscheid, Prand und Würfelen errichtet worden, die lediglich dazu dienen, den Arbeitersekretär zu entlasten und den rechtlichenden Kollegen entgegenzukommen. Leider war der Erfolg nicht so, wie er hätte sein sollen. Wir bitten deshalb die Kollegen nochmals, von den Rechtsauskunftstellen den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Beschlossen wurde auch, die Unterzählung für durchreisende Kollegen auf 1,00 Mf. festzusetzen.

Neben erster Arbeit wurde auch der Gesellschaft Rechnung getragen durch ein Ortsverbandsfest, welches in Saaren abgehalten wurde. Ebenfalls war für die Stadttheater-Vorstellungen sowie zu dem Sinfonie-Konzert im Kurhaus Aachen vom Arbeitersekretär für ermäßigte Preise Sorge getragen.

Im laufenden Geschäftsjahre finden die Gewerbe-gerichtswahlen für Stadt- und Landkreis Aachen statt. Mögen hier alle Kollegen ohne Ausnahme mit tätig sein, damit es uns gelingt einen Erfolg zu erzielen. Besonders mögen die ländlichen Ortsvereine mehr als bisher auf dem Boden sein. An Aufklärungsarbeit wird es seitens des Ausschusses nicht fehlen. Auch werden die Ortsvereine mit diesbezüglichen Referaten versehen werden.

In den Ausfüh- pro 1910 wurden die Kollegen Carl Bach, I. Vorsitzender; Franz Koch, Stellvertreter; A. Linden, Schriftführer; S. Merk, Kassierer, gewählt. Möge nun diesen Kollegen das Vertrauen entgegengebracht werden, das sie verdienen, mögen aber auch alle andern Mitglieder Hand in Hand mit ihnen arbeiten. Allen Kollegen, welche agitatorisch tätig waren und im Dienste der Gewerbetreibenden keine Mühe gescheut haben, besten Dank! Mögen dieselben auch fernerhin treu unter der Fahne unserer Organisation eifrige Mitstreiter sein, dann wird uns der Erfolg sicher sein.

In das neue Jahr sind wir mit neuer Hoffnung und frischem Mut eingetreten, besetzt von dem Wunsche, energisch für unsere Organisation zu arbeiten und den idealen Gewerbetreibenden recht viele Anhänger zu gewinnen. Dazu ist aber auch nötig, daß alle Kollegen mitarbeiten und ihre Kraft in den Dienst der Gewerbetreibenden stellen. Dann wird es uns ein Leichtes sein, über die Hindernisse hinwegzukommen und unsere Bestrebungen in immer weitere Kreise hineinzutragen.

Alex Linden, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Heidelberg und Umgegend.

Unser Ortsverband veranstaltete 6 Vertreterversammlungen, 2 kombinierte Vertreterversammlungen, 3 allgemeine Vertreterversammlungen, sowie zahlreiche Ausschüßsitzungen. Außerdem fanden 4 allgemeine Gewerbetreibenderversammlungen statt. In der ersten sprach der Parteisekretär

Herr R a t h e u s über „Die Stellung der Gewerbetreibenden zum öffentlichen Leben und zur Politik“, in der zweiten Herr Medizinrat Dr. K u r z über „Das Krankenversicherungsgesetz mit besonderer Berücksichtigung des Statuts der Ortskrankenkasse Heidelberg“, in der dritten wiederum Herr R a t h e u s über die Frage: „Warum müssen wir uns an der Gewerbegerichtsreform beteiligen und welches sind die Aufgaben der Weisheit am Gewerbegericht?“ In der vierten Versammlung sprach der Kollege T h o m a s, damals noch Agitationsbeamter des Gewerbevereins der Zigarren- und Tabakarbeiter, über „Das Problem der Arbeiterbewegung“. Alle Versammlungen waren gut besucht. Außerdem beteiligte sich unser Ortsverband im abgelaufenen Jahre an den Wahlen der Weisheit zum Gewerbegericht und der Vertreter zur Ortskrankenkasse Heidelberg. In beiden Fällen gingen wir gemeinsam mit den christlichen Gewerbetreibenden vor; trotzdem konnten wir nur einen Achtungserfolg erringen. Wir hoffen jedoch das nächste Mal, wenn die Verhältnisse sich eingeleitet hat, eine unserer Stärke entsprechende Vertretung zu erlangen. Weiterhin machte der Ortsverbandsausschuß den hiesigen und auswärtigen Gewerbevereinskollegen die Besichtigung der städtischen Sammlungen unentgeltlich zugänglich. So fand u. a. eine Besichtigung aller Räume des weltberühmten Heidelberger Schlosses unter fundiger Führung und zahlreicher Beteiligung statt. Das im Mai abgehaltene Waldfest am Gassenbrunnen bei Reimen hatte leider nicht den gewünschten Erfolg, sondern führte den Ortsverband in eine Krise, deren Folgen auch jetzt noch nicht überwunden sind. Öffentlich gelingt es bald, die noch vorhandenen Mängel zu beseitigen, damit wir in energische Arbeit zur Förderung unserer guten Sache in Einigkeit eintreten können.

Dem Ortsverbände gehören 5 Ortsvereine in Heidelberg an, ferner je einer in Hochberg, St. Jgen, Reimen, Ruchloch, Dossenheim und Dilsberg. Zwei Ortsvereine zeigten ihren Austritt aus dem Ortsverbände an, welcher aber als statutenwidrig zurückgewiesen werden mußte.

J. Morgenthal, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Dirlsberg.

Wiederum liegt ein Jahr reich an Vereinsarbeit hinter uns, und es gilt heute, alles in kurzen Strichen an unseren Augen Revue passieren lassen. An Aufklärungen und Belehrungen aller Art hat es im verfloffenen Jahre nicht gefehlt. Eines aber haben wir vermehrt, nämlich die Kollegen, für die wir die Veranstaltungen trafen. Hoffen wir, daß es im neuen Jahre in dieser Beziehung besser wird. An Versammlungen haben wir 4 Delegierten-Sitzungen, 5 Ortsverbandsversammlungen, 2 Vortragsabende, 1 Agitationsversammlung, sowie 6 Vorträge, 1 kombinierte Sitzung abgehalten. In den Ortsverbandsversammlungen wurden Vorträge gehalten von Herrn Dr. S a l o m o n über „Bosnien und Herzegowina“, vom Kollegen K e n n e r über „Gewerbegerichtsverfahren nach dem Proporz“, vom Kollege S e f f m a n n über „Streichholz-Begebenheiten in den Jahren 1845—1848“ und von Herrn Geschäftsführer P r e i t e r über „Konsumvereinswesen“. In den Vortragsabenden sprachen der Kollege S e l d m a n n über „Lohnung und Lohnungsmethoden“ und Herr Redakteur B e r t h über den „Arbeitsamergesellschaftswahl“. In der ersten kombinierten Sitzung sprach Kollege S c h o l z über „Die Bedeutung der Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde“, in der anderen Kollege G o l d s c h m i d t, Berlin über „Die Notwendigkeit des Gewerbevereins der Eisenbahner“.

Außerdem sind die Vorstandsmitglieder in die einzelnen Vereine gegangen und haben dort in agitatorischer Weise gewirkt. In Eingängen haben wir 72 zu verzeichnen, denen 205 Ausgänge gegenüber stehen. Unsere Eingabe an das Amtsgericht betreffs Auslösung von Arbeitern als Schöffen war wieder von Erfolg gekrönt, und wurden die Kollegen Max Scholz vom Ortsverein der Holzarbeiter, Paul Schiller vom Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter und Franz Kluge vom Ortsverein der Maschinenbauer ausgelöst. Die Agitationsversammlung war auch von Erfolg, indem es uns dort mit Hilfe des Kollegen D ö h m e l e w i g gelang, einen Gewerbeverein der Eisenbahner zu gründen. Derselbe ist von Ende Oktober bis Jahreschluss von 12 Mitgliedern auf 112 gestiegen. Auch unsere Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen brachte uns einen glänzenden Sieg, indem unser Kollege S e l d m a n n mit 502 Stimmen von 636 abgegebenen Stimmen wiedergewählt wurde. Ohne Erfolg dagegen waren unsere Bemühungen bei den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde. Auch die Bemühungen des Unterzeichneten, einen Ortsverein der Schuhmacher zu gründen, waren leider ohne Erfolg. Hoffen wir, daß es im neuen Jahre gelingt. Dem Vermögenden haben wir durch das Stiftungsfest genügt. Leider haben wir den Verlust unseres bewährten Vorsitzenden, Kollegen G o f f m a n n, zu beklagen, der nach Vorkill verstorben ist. Allen Kollegen rufe ich aber zu: Nun frisch heran an den weiteren Ausbau unseres Ortsverbandes zum Segen der Allgemeinheit!

Max Scholz, Ortsverbandschriftführer.

Gewerbevereins-Teil.

8 Leipzig. In unserer letzten Ortsverbandsversammlung hielt der Vorsitzende Kollege F i e h w e g e r ein lehrreiches Referat über die Arbeitsnachweisfrage, wobei er auch den Zwangsarbeitsnachweis des Zedenverbandes und das sog. Hamburger System scharf kritisierte. Im Anschluß daran wurde die vom Zentralrat beschlossene Resolution betreffend die Regelung des Arbeitsnachweiswesens auch von der Versammlung einmütig gebilligt.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distrikttub der Deutschen Gewerkschaften (S. D.). Verhandlungen der Fein- u. Wertverlei. N. O., Greifswalderstr. 221/22. Mittwoch, 12. Januar. Vortrag des Kollegen Jordan über: „Gewerkepolitik“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkschafts-Vierteltag (S. D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Abends 8 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste sind gerat. willk. — **Sonntags, 8. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abds. 8 Uhr Versamml. bei Bonacker, Zeltowstr. 3. Protokoll. Vortrag des Kollegen Rüdert über: „Ernst und Karteile“. Jahresberichte. Krankenkasse. Beschlüsse. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abds. 8 Uhr Versammlung im Restaurant „Zur Hütte“, Staligstr. 30. — **Bildhauer.** Montag, 10. Januar, abds. 7/9 Uhr, Versammlung, Dresdenstr. 10 bei Preuß.

Orts- und Bezirksverbände.

Köln (Distrikttub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distrikttubabend bei Pecher, Ecke Hanfswallplatz und Fütterstraße. — **Hamburg (Distrikttub).** Jeden 1. und 3. Sonntag abds. 8 1/2 Uhr präz. in Hüttmanns 3. Poststr. Arbeiterkunde. (Distrikttub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distrikttub).** Die Sprechstunden sind regelmäßig jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Sankt-Bräun-Behergasse 28. — **Köln (Distrikttub).** Sprechstunden jeden Mittwoch abds. 9 Uhr in Rottmann, Vater Kolping, Elberstraße. — **Hamburg (Distrikttub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Düsseldorf (Distrikttub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikttub. — **Walsheim (Distrikttub).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Bezirksversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distrikttub).** Sprechstunden jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinstr. 10. — **Leipzig (Gewerkschafts-Vierteltag).** Die Abendsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S. (Gewerkschafts-Vierteltag).** Abendsstunden jeden Dienstag abds. 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. — **Schöneberg (Distrikttub).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr bei Pastor, Döberitzstr. 11. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die Abendsstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 3, statt. Ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wiesbaden (Distrikttub).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distrikttubversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal E. Simon, Alter Markt. — **Spremberg (Distrikttub).** Jeden Dienstag, abds. von 7 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Zwischen“. Sprechstunden sind herzlich willkommen. — **Weißenfels (Distrikttub der Gewerkschaften).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 bis 11 Uhr Sprechstunden im Rest. „Schweizerhaus“. — **Wiesbaden (Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften).** Sprechstunden jeden Dienstag abds. 9 Uhr, bei Herrn Joh. Janzen, Reichelstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Regel (Distrikttub für Regel, Bergbau und Reichelndorf).** Sprechstunden jeden Dienstag abds. von 8—10 Uhr bei Schaner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr im Verbandsbureau, R. Fischerstr. 29. Sprechstunden. — **Rödingen (Distrikttub).** Sprechstunden jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal b. Sodat, Poststr. 11. — **Lippstadt (Distrikttub).** Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, Ausflugsfahrt. 4 Uhr Distrikttubversammlung in Westertotten. I. D.: Tätigkeitsbericht pro 1909. — **Krefeld (Distrikttub).** Sonntag, 9. Januar, nachm. 5 Uhr, Ortsverbandversammlung bei Köhler, Krefeld. Das Erscheinen aller Kollegen wird erwartet. — **Hannover, Linden und Umgegend (Distrikttub).** Sonntag, 9. Januar, vorm. 10 Uhr, Ausflugsfahrt in d. „Königsworth“. I. D.: Neuwahl. — **Werde und Umgegend (Distrikttub).** Sonntag, 9. Januar, nachm. 5 Uhr, Ausflugsfahrt beim Wirt Rögge in der „Einde“. — **Rochum (Distrikttub).** Sonntag, 9. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, Ortsverbandversammlung bei Krämer, Mollteplatz. — **Hittau (Distrikttub).** Ortsverbandversammlung am Sonntag, 15. Januar, im „Schützenhaus“.

*** Adressen**
 der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerkschaften.
 Nachstehend geben wir die uns bisher übermittelten Adressen der Arbeitersekretariate usw. bekannt.
 Als Arbeitersekretariate gelten Anstellungen von Beamten und mit tauglichen Sprechstunden während des ganzen Tages.
 Rechtsauskunftsstellen sind neben amtlich versehenen Anlaufstellen, die aber auch in der Regel täglich feste bestimmte Sprechstunden bei Tageszeit abhalten; meist werden sie von Agitationsbeamten der einzelnen Gewerkschaften versehen.
 Auskunftsbureaus sind Anlaufstellen, die von einem noch im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen nach der Arbeitszeit versehen werden.
 Wo die Angaben unvollständig sind, oder wo außer den Benannten noch Arbeitersekretariate usw. bestehen, bitten wir uns das noch mitzuteilen.

Stadt	Bezirk, für den das Sekretariat errichtet ist:	Adresse:	Das Bureau ist geöffnet:		
			Wochentags	Sonntags	
Köln	Distrikttub Köln	Koblenzstr. 71	9—1 u. 3—8	nicht	
Bremen	Seebrücke	Dovontenstraße 21	11—1 u. 5—8	nicht	
Düsseldorf	Distrikttub Düsseldorf	Kurfürstenstr. 29	10—1 u. 5—7	nicht	
Duisburg	"	Ruhortstr. 85	10—1 u. 4—7	nicht	
Frankfurt/Main	"	Alle Mühlengasse 90	?	?	
Magdeburg	"	Katharinenstr. 2/8	9—11 u. 5—7	11—1	
Nürnberg	"	Zakobstr. 49	11—1 u. 5—7	nicht	
Soarbrücken	"	Saarbrücken u. Umgegend	8 1/2—12 1/2 u. 5—7	11—12 1/2	
Stutt. Gallstr.	"	Württemberg	Bismarckstr. 11	11—12 u. 5—7	nicht

Stadt	Zur Benutzung für:	Adresse:	Das Bureau ist geöffnet:	
			Wochentags	Sonntags
Altena	Gewerkschaft der Maschinenbauer	Freiherrstr. 16	10—5	nicht
Augsburg	"	Zakobstr. G. I	9—1 u. 3—6	nicht
Kugsbürg	"	Ann-Str. 18	?	?
Berlin	"	Dresdenerstr. 80	2—4	nicht
Breslau	"	Kupferstraße 29	?	?
Burg	"	Frankenstr. 17	9—12 1/2 u. 2 1/2—6	?
Danzig	"	Sanktmeißel 4/2	?	?
Dortmund	Gewerkschaft der Maschinenbauer	Königsplatz 28	11—1	11—12
Dresden	Distrikttub	Wobergasse 19	?	?
Elbing	Gewerkschaft der Maschinenbauer	Holländer Chaussee 19	?	?
Erfurt	"	Winterfeldstr. 19	9—1	nicht
Essen	Distrikttub	Freiburgstr. 58	?	?
Frankfurt	Gewerkschaft der Maschinenbauer	Justizstr. 18	10—1 u. 5—7	nicht
W. Gladbach	"	Stadtplatz 180	9—1 u. 3—7	11 1/2—1
Gleiwitz	"	Grabenstr. 10	12—2	10—2
Görlitz	"	Leipzigerstr. 15	Donnerstag 8—9	8—10
Görlitz	Distrikttub	Relandstr. 26.	?	?
Kattowitz	Gewerkschaft der Maschinenbauer	Hohenhofenstr. 8	?	?
Köln	"	Severinstr. 113	9—1 u. 3—6	nicht
Leipzig	"	Seeburgstr. 25/27	9—11 u. 4—8	?
Mannheim	"	J. 2 13 14 II	?	?
Münster	"	Mühlenturmstr. 42	?	nicht
Regen	Distrikttub	Lugenerstr. 8	6 1/2—8 1/2 abds.	nicht
Spremberg	"	Zäckerstr. 6	9—11 u. 3—7	10—11
Sief in	Schneider	Reichstr. 25	?	?
Wassau	Bergarbeiter	Bahnpoststr. 240	?	?

Ort	Errichtet für:	Adresse:	Das Bureau ist geöffnet:	
			Wochentags	Sonntags
Bitterfeld	Distrikttub	Bismarckstr. 11	von 6 Uhr ab	6—12 vorm.
Chemnitz	"	Mühlenturmstr. 8	12—1 u. 7—9	8—2
Döbeln	"	Stadtplatz 8	6—8	9—11
Erfurt	"	Reichstr. 5	Mittwoch 7 1/2—9	10 1/2—12 1/2
Frankfurt	"	Dresdenerstr. 80	Mittwoch, Freitag	10—12
Hagen	"	Berg- u. Reichstr. Ecke	?	?
Halle a. S.	Maschinenbauer	Zwingenstr. 28 II	6 1/2—8 abds.	nicht
Hamburg	Distrikttub Hamburg-Altona	Silberstr. 19 III	6—8	10—12
Hannover	"	Am kleinen Felde 4	Montag u. Freitag	?
Leipzig	"	Davenstädtstr. 45.	7—8 ab.	?
Leipzig	"	Rheinwallstr. 13	Dienstag u. Donnerstag	?
Leipzig	"	Klostermannstr. 16	6—8 abds.	?
Leipzig	"	Heidenau, Schillerstr. 6	?	?
Leipzig	"	Marktplatz 43	?	10—12
Leipzig	"	Graben, Gustav Adolfstr. 55	7—9	9—12
Leipzig	"	Reichstr. 24	7—8 abds.	11—2
Leipzig	"	Fuer Chaussee 18	6—8 abds.	8—12
Leipzig	"	Mühlenturmstr. 28	?	?
Leipzig	"	Reichstr. 58 III	8—9 abds.	11—12
Leipzig	"	Culmer Chaussee 52	6 1/2—8	9—11

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
 der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Dunker)
 NO. 55, Greifswalderstraße 221—23
 wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 47.0.

Barth l. Pomm. (Distrikttub). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Pohlstraße 211 b. Arbeitsnachweis das.
Gera, R. J. E. (Distrikttub). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 50 Pfg. Karteiunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcherstraße 5.
Eisenach u. Umgegend (Distrikttub). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Distrikttubvorsitzenden Eduard Hartmann, Eisenach, Wiesenstr. 18.
Saarbrücken (Distrikttub). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Distrikttubvorsitzenden oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18.

Hannau i. Schief. (Distrikttub). Durchreisende Mitglieder erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube, Schützenmeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.
Geislingen a. St. (Distrikttub). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper, Hauptstraße 48.
Wiesbaden a. Rh. (Distrikttub). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Distrikttubvorsitzenden.
Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktplatz.

Halle (Distrikttub). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube, Schützenmeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.
Lüdenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Distrikttubgeschäft befindet sich beim Sekretär Herrn Bartel, Kölnerstr. 33.
Spandau (Distrikttub). Der Arbeitsnachweis befindet sich Wollstraße 6, Restaurant zum „Lüpfischen Zelt“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbe erhalten auch durchreisende Kollegen erhalten im Werte von 75 Pfennig.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig bei E. Schröder, Katharinenstraße 2/3 II.
Sonnehausen (Distrikttub). Durchreisende Kollegen werden Befreiung erhalten Karteiunterstützung beim Kollegen Kobl, Nordstr. 10.
Chemnitz (Distrikttub). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Weigel, Chemnitz-Gabeln, Klausstr. 64.
Köln (Distrikttub). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Köln, Koblenzstr. 71.